



E-Government Schweiz Newsletter 06/2016

Sehr geehrte Damen und Herren

Bereits geht das Jahr dem Ende zu. 2016 haben Bund, Kantone und Gemeinden ihre Zusammenarbeit im E-Government auf der Basis einer erneuerten gemeinsamen Strategie gestartet. Der Steuerungsausschuss hat im Januar den ersten und im Herbst bereits den zweiten Schwerpunktplan lanciert, dessen strategische Projekte und Leistungen stetig voranschreiten: Die konzeptionelle Grundlage für das Portal, auf dem Unternehmen zukünftig E-Services der Verwaltungen beziehen können, liegt vor. 2017 wird die erste Version des Portals lanciert. Die Lösung eUmzugCH wurde ausgebreitet und ist nun in einem Grossteil der Zürcher Gemeinden sowie in der Stadt St. Gallen verfügbar. Im Projekt eMWST wurde erreicht, dass bereits 20 Prozent der Unternehmen die Mehrwertsteuer elektronisch abrechnen. Im 1. Quartal 2017 wird der Bundesrat die Vernehmlassung zum eID-Gesetz eröffnen. Auch die Projekte Identitätsverbund Schweiz und Vote électronique nehmen Fahrt auf. Mehr dazu und zu anderen Themen lesen Sie in unserem aktuellen Newsletter.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und alles Gute für das neue Jahr!
Ihre Geschäftsstelle E-Government Schweiz



Inhalte des aktuellen Newsletters:

- Neue Mitglieder im Planungsausschuss: Bertrand Loison und Gustave Muheim
 - eUmzugCH: Breites Interesse an der Verbundlösung
 - Identitätsverbund Schweiz: Prototyp 1 realisiert
 - Vote électronique: Aargau und St. Gallen nehmen Versuche 2017 wieder auf
 - E-Government-Prozessplattform: Gemeinde Horgen publiziert Prozesse
 - Abschluss des Impulsprogramms e-geo.ch: Bilanz und Perspektiven
 - UID: Das BFS soll Schweizer Ausgabestelle des Legal Entity Identifiers (LEI) werden
 - Verein eCH: Erfolgreiches Jahrestreffen der Fachgruppenleiter
 - Kanton Aargau: Verschlüsselungsservice für E-Mails
 - Kanton Luzern: E-Government-Strategie aktualisiert
 - Kanton Zürich: Aufbau einer elektronischen Plattform für Baugesuche
 - Stadt Winterthur: Neuer Internetauftritt rückt Nutzerinnen und Nutzer ins Zentrum
 - «E-Vignette»: Bericht des Bundesrates
 - Revidierte Verordnung über die elektronische Signatur
 - Deutschland: verstärkte Förderung des elektronischen Personalausweises
 - Veranstaltungshinweise
-

E-Government Schweiz

Neue Mitglieder im Planungsausschuss: Bertrand Loison und Gustave Muheim



Der Planungsausschuss hat ab Anfang 2017 zwei neue ständige Mitglieder. Der Bundesrat hat Bertrand Loison, Abteilungsleiter Register im Bundesamt für Statistik (BFS), als Nachfolger von Caroline Kuyper (BFS) bestimmt. Der Gemeinde- und der Städteverband delegieren als neues kommunales Mitglied Gustave Muheim, Gemeindeammann von Belmont-sur-Lausanne, in den Planungsausschuss. Er folgt auf Dominique Dafflon, Gemeindeammann von St. Barthélemy. Weiterführende Informationen finden Sie unter www.egovernment.ch/planungsausschuss.

Schwerpunktplan

eUmzugCH: Breites Interesse an der Verbundlösung



Der Kanton Zürich bietet den eUmzug seinen Einwohnerinnen und Einwohnern über ein Online-Portal an. Dieses berücksichtigt das Referenzmodell eUmzugCH und ist daher mit Einwohnerkontrollösungen verschiedener Anbieter kompatibel. Die Lösung, die in 144 Zürcher Gemeinden im Einsatz ist, steht als sogenannte Verbundlösung auch anderen Kantonen zur Verfügung. Verschiedene Kantone haben ihr Interesse an der Verbundlösung bereits manifestiert. Als Erste werden die Kantone Zug und Aargau die Verbundlösung im zweiten Halbjahr 2017 einführen. Weitere Kantone aus dem Verbundprojekt werden 2017 folgen. Die Koordination der Verbundlösung übernehmen Herbert Reinecke als Projektleiter a.i. des Projekts eUmzugCH und Lukas Weibel, Projektleiter Verbund eUmzug Schweiz.

Weiterführende Informationen finden Sie unter www.egovernment.ch/eumzugch.

Identitätsverbund Schweiz: Prototyp 1 realisiert

Per Ende September 2016 wurde der erste von drei Prototypen des zukünftigen IDV-Vermittlerdienstes fertiggestellt. Der Vermittlerdienst ermöglicht, dass sich User mit Login-Daten eines privaten Anbieters oder einer Behörde, die sie bereits nutzen, an das System einer dritten Organisation, die dem Identitätsverbund angehört, anmelden können. Die Neuregistrierung und Erstellung von neuen Anmeldedaten entfällt damit, die Portale gewinnen an Nutzerfreundlichkeit. Dies geschieht ohne Einbussen bei der Sicherheit der involvierten Behördensysteme. Der erste Prototyp zeigt vier verschiedene Anwendungsfälle des Anmeldeverfahrens auf. Er wird in zwei Etappen weiterentwickelt.

Präsentationen dazu sind auf der [Projekt-Webseite von «IDV Schweiz»](#) verfügbar.

Vote électronique: Aargau und St. Gallen nehmen Versuche 2017 wieder auf



Nach der erfolgreichen Wiedereinführung von Vote électronique im Kanton Freiburg mit dem System der Schweizerischen Post haben zwei weitere Kantone des ehemaligen Consortiums entschieden, den elektronischen Stimmkanal im Laufe des Jahres 2017 wieder anzubieten. Im Kanton Aargau wird die elektronische Stimmabgabe vorerst den Auslandschweizer Stimmberechtigten ermöglicht. Im Kanton St. Gallen erhalten zusätzlich zu den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern erstmals auch Stimmberechtigte in fünf Gemeinden die Gelegenheit, ihre Stimme elektronisch abzugeben. Aargau und St. Gallen haben sich für das Genfer System

entschieden.

Eine Übersicht über den aktuellen Projektstand finden Sie unter www.egovernment.ch/evoting.

Forum der Themenführer

E-Government-Prozessplattform: Gemeinde Horgen publiziert Prozesse

Die Gemeinde Horgen publiziert über 20 Prozessmodelle mit dem Schwerpunkt Liegenschaftsverwaltung auf der E-Government-Prozessplattform Schweiz. Horgen ist Mitglied einer Interessengemeinschaft von Zürcher Gemeinden, welche den Erfahrungsaustausch zum Prozessmanagement sowie die geteilte Nutzung einer gemeinsam finanzierten Prozessplattform zum Ziel hat.

Die Prozesse der Gemeinde Horgen finden Sie auf der [Prozessplattform](#).

Abschluss des Impulsprogramms e-geo.ch: Bilanz und Perspektiven

Im Frühjahr 2016 hat die Taskforce e-geo.ch entschieden, das Impulsprogramm e-geo.ch abzuschliessen und die noch verbleibenden Aufgaben aus dem Programm an die Schweizerische Organisation für Geoinformation SOGI zu delegieren bzw. zwischen Bund und Kantonen bilateral weiter zu verfolgen. Der letzte e-geo.ch Newsletter zieht eine Bilanz, was mit dem Programm e-geo.ch erreicht wurde und gibt einen interessanten Einblick in die Trends und Visionen der Branche.

Den Newsletter finden Sie online unter [e-geo.ch Newsletter Nr. 28](#).

Unternehmensidentifikator: Das Bundesamt für Statistik soll Schweizer Ausgabestelle des Legal Entity Identifiers (LEI) werden

Der Bundesrat hat Anfang Dezember 2016 die Botschaft zur Teilrevision des UID-Gesetzes an das Parlament überwiesen. Die Revision schafft die nötige rechtliche Grundlage für das BFS, um Schweizer LEI-Ausgabestelle zu werden. Der LEI ermöglicht die weltweite eindeutige Identifikation von juristischen Einheiten, die an Finanztransaktionen beteiligt sind. Bei Annahme der Vorlage durch das Parlament können die betroffenen Schweizer Unternehmen den LEI beim BFS bzw. bei der UID beantragen und müssen ihn dann nicht mehr wie bisher im Ausland anfordern.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Website des BFS](#).

Standardisierung

Verein eCH: Erfolgreiches Jahrestreffen der Fachgruppenleiter



Am Vormittag des nationalen eGovernment Symposiums fand das jährliche Treffen der Fachgruppenleiter des Vereins eCH statt. Die Fachgruppen planen für das kommende Jahr Arbeiten an über 50 bestehenden oder neuen Standards. Ein Teil dieser Arbeiten wird im Rahmen des Schwerpunktplans E-Government Schweiz unterstützt. Vor allem die Bereiche Meldewesen und Objektwesen rechnen mit einer hohen Zahl von Anpassungen.

Weiterführende Informationen zum Verein eCH finden Sie unter www.ech.ch.

Neuigkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden

Kanton Aargau: Verschlüsselungsservice für E-Mails

Der E-Mailverschlüsselungsservice Secure Mail Aargau ist seit Oktober für kantonale und kommunale Aargauer Verwaltungsstellen nutzbar. Mit Secure Mail Aargau ist ein einfacher Austausch von E-Mails zwischen den Nutzern der drei unterschiedlichen Verschlüsselungslösungen IncaMail, SEPPmail und HIN Mail garantiert. Dank der Integration in Outlook stehen die Funktionen Vertraulich senden, Eingeschrieben senden oder Persönlich senden mit einem Mausklick zur

Verfügung.

Sie finden weiterführende Informationen auf der [Website des Kantons Aargau](#) oder auf der Website von [Swissmailsecurity](#).

Kanton Luzern: E-Government-Strategie aktualisiert

Der Kanton Luzern und der Verband Luzerner Gemeinden haben die E-Government-Strategie aus dem Jahre 2010 überprüft und aktualisiert. Dies erfolgte in Abstimmung mit der E-Government-Strategie Schweiz. Der Umsetzungsplan zeigt die strategisch bedeutendsten E-Government-Vorhaben und -Projekte des Kantons Luzern und der Luzerner Gemeinden auf. Ziel ist, die formulierten Schwerpunkte bis ins Jahr 2020 zu realisieren. Dazu gehören Voraussetzungen wie E-Government-Infrastruktur, Identitäts- und Zugriffsmanagement sowie die Portallösung, aber auch Services wie die Steuererklärung im Internet oder die elektronische Umzugsmeldung.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Website des Kantons Luzern](#).

Kanton Zürich: Aufbau einer elektronischen Plattform für Baugesuche

Mit dem Projekt Elektronische Plattform für Baugesuche soll die elektronische Einreichung von Baugesuchen einfach und transparent möglich werden. Mit der Verabschiedung des Grobkonzepts wurde ein wichtiger Meilenstein erreicht. Das Projekt soll 2018 in ausgewählten Gemeinden in die Pilotphase übergehen. Als nächster Schritt wird ein Realisierungspartner gesucht.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Website des Kantons Zürich](#).

Stadt Winterthur: Neuer Internetauftritt rückt Nutzerinnen und Nutzer ins Zentrum

Vor einem Monat hat die Stadt Winterthur ihr neues Internetportal lanciert. Die für alle Geräte optimierte Website stellt unter der Rubrik «Wie können wir Ihnen helfen?» die einfache, nutzerorientierte Suche nach den städtischen Dienstleistungen ins Zentrum. Das neue Portal basiert weitgehend auf einer Standardlösung und bildet die Voraussetzung, elektronische Services weiter auszubauen. Ein Vorteil ist dabei die Zusammenarbeit im Verein «One-Gov». In diesem arbeiten Gemeinden und Kantone, welche die auf einer Open-Source-Plattform basierende «One-Gov-Box» einsetzen, gemeinsam an deren Weiterentwicklung.

Besuchen Sie die neue Website unter www.stadt.winterthur.ch.

E-Government in der Politik

«E-Vignette»: Bundesrat verabschiedet Bericht

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 2. Dezember 2016 einen Bericht verabschiedet, in dem er den Wechsel von der Klebevignette zur elektronischen Erhebung der Nationalstrassenabgabe mittels «E-Vignette» empfiehlt. Die Abgabe soll nicht erhöht werden.

Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

Bundesrat verabschiedet die revidierte Verordnung über die elektronische Signatur

Der Bundesrat hat die totalrevidierte Verordnung über die elektronische Signatur (Vzertes) angenommen und damit festgelegt, unter welchen Voraussetzungen sich Anbieter von elektronischen Signaturen anerkennen lassen können und welche Rechte und Pflichten damit einhergehen. In Kraft treten soll die neue Verordnung am 1. Januar 2017 zeitgleich mit dem neuen Gesetz über die elektronische Signatur (Zertes). Die entsprechenden technischen und administrativen Vorschriften sollen bis dahin überarbeitet werden.

Weiterführende Informationen finden Sie im Artikel des [IT-Magazine](#).

International

Die deutsche Bundesregierung will den elektronischen Personalausweis stärker fördern

Die Möglichkeiten des elektronischen Personalausweises sollen nach dem Willen der Bundesregierung besser genutzt werden. Dazu wurde ein Gesetzentwurf zur Förderung des elektronischen Personalausweises beschlossen. Der Ausweis soll unter anderem die Kommunikation im Internet sicherer machen.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der Plattform [eGovernment-Computing](#).

Veranstungshinweise

Swiss eGovernment Forum, 7. - 8. März 2017

Das Swiss eGovernment Forum 2017 findet am 7. und 8. März in der BERNEXPO statt. Leitthemen der Tagung sind «eGovernment zwischen Innovation und Regulierung» und «Mehrwert durch Zusammenarbeit». An beiden Forumstagen finden vormittags Plenumsveranstaltungen statt. Solution-Präsentationen vertiefen am Nachmittag die Leitthemen. Weitere Informationen zum Kongress finden Sie auf der [Website der infosocietydays](#).

Agenda:

- 7. - 8. März 2017, [Swiss eGovernment Forum](#), Bern
 - 5. Mai 2017, [6. eGovernment Symposium Romand](#), Fribourg
-

Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB, Schwarztorstrasse 59, CH-3003 Bern

info@egovernment.ch, www.egovernment.ch, Tel. +41 31 324 79 21, Fax. +41 31 322 45 66

